

Unruhe vermeiden – Schulfrieden bewahren!

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen,
gehalten am 9. Dezember 2011

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion hat – wie die FDP-Fraktion insgesamt – eine kluge und eine hässliche Seite. Dort, wo er klug ist, legt er den Finger in eine Wunde, die das Schulministerium ohne Not aufgerissen hat. Hässlich ist er dort, wo er ein berechtigtes Anliegen mit ideologischem Feldgeschrei verbrämt.

Im Gegensatz dazu, sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann, will ich Ihnen ohne rhetorische Zuspitzung sagen, dass die Neuregelung des Anmeldeverfahrens für die Sekundarstufe I schon Anlass bietet, die Lauterkeit der Verfasser zu hinterfragen. Ich formuliere das deshalb so vorsichtig, weil ich den soeben gewonnenen Schulfrieden für ein hohes Gut halte. Die Fraktionen von CDU, SPD und Grüne und gerade Sie, Frau Ministerin, wir haben uns versprochen, dass wir auch bei der Umsetzung des Gesetzes zusammenarbeiten wollen. Und das ist wichtig, denn mit dem Thema schulische Inklusion liegt die nächste wichtige Aufgabe auf dem Tisch, die wir tunlichst im Konsens lösen sollten. Also wäre – so meine ich – die Landesregierung gut beraten, jeden Anschein zu vermeiden, sie wolle den Schulkonsens stören. Hier ist das neu konzipierte Anmeldeverfahren wenig hilfreich.

Jeder, der die Anmeldungen zur Sekundarstufe in den letzten fünf Jahren beobachtet hat, weiß, dass es keinen wirklichen Grund gibt, das geltende Verfahren zu ändern. Es hat sich bewährt – ohne Wenn und Aber. Es sieht einen gemeinsamen Anmeldetermin für alle Schulen der Sekundarstufe vor. Das ist fair und setzt niemanden zurück. Gibt es beim Schulträger

die Erwartung, dass eine Schulform überbucht sein wird, so kann er das Verfahren für diese Schulform verkürzen. Damit haben dann die Eltern der Kinder, die verwiesen werden müssen, die Gelegenheit, in Ruhe eine andere Schule auszusuchen. Das ist fair zu den Eltern.

Der neue Erlass nun ist nicht mehr fair. Er kehrt zurück in jene Kampfzeiten, in denen Schulideologen meinten, Zeichen für diese oder jene Schulform setzen zu müssen. Anstelle eines gemeinsamen Beginns des Anmeldeverfahrens setzt er ein zweistufiges Verfahren. Diejenigen Schulformen, in denen es zu Verweisungen kommen könnte, werden durch ein Vorziehen ihres Anmeldeverfahrens geadelt. Der kümmerliche Rest darf warten, wird sozusagen gebrandmarkt. Ein solches Verfahren ist nicht nur unwürdig für die Schulen, die warten müssen, es bringt auch keine neue Entlastung für die Eltern. Denn das alte System hat ja für die Eltern auch funktioniert.

So überrascht es denn nicht, dass beispielsweise der Schulausschuss der Stadt Mönchengladbach *einstimmig* dafür votiert hat, den neuen Erlass zurückzuweisen. Herr Kollege Norbert Post hat es mir geschildert. Wohl-gemerkt: einstimmig. Die Diskussion im Ausschuss machte auch klar, warum: Niemand wollte den leider immer noch vorhandenen Schulideologen ein Schlachtfeld bieten: Was wäre gewonnen – so die klugen Mönchengladbacher Schulpolitiker – wenn sich Gesamtschulbefürworter gegen ein vorgezogenes Anmeldeverfahren auch bei den Gymnasien wenden? Was wäre gewonnen, wenn der eine oder andere Gesamtschulgegner genüsslich darlegen würde, dass sich einige Gesamtschulen nur deshalb füllen, weil besonders populäre Systeme ihnen „helfen“?

Die Lösung, sehr geehrte Frau Löhrmann, wäre doch so einfach: Das Land bräuchte nur zu erklären, dass der neue Erlass den alten *nicht* ersetzt, sondern ihn *ergänzt*. Die Kommunen hätten dann die Wahl, wie sie verfahren wollen. Geben wir ihnen doch die Freiheit! Und vor allem, liebe Frau Löhrmann, zügeln Sie bitte die Unvernünftigen. Wie so oft klingt

Kakophonisches aus den Bezirksregierungen. Aus der Rechtsabteilung wird klar kommuniziert, dass der alte Erlass weg ist und dass der neue ihn ersetzt hat. Finis altes Anmeldeverfahren. Die Schulaufsicht macht gleichzeitig Hoffnungen, dass das alte Verfahren doch erhalten bleiben darf. Nur um im zweiten Satz zu erklären, im nächsten Jahr werde man dafür sorgen, dass nur noch die Gesamtschulen vorgezogen werden können. Das, sehr geehrte Frau Löhrmann, nährt doch den hässlichen Verdacht der Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Sehr geehrte Frau Ministerin! Setzen Sie ein Zeichen. Geben Sie doch bitte den Kommunen die Möglichkeit, die Dinge so zu regeln, wie sie es gerne möchten. Und stoppen Sie diejenigen, die draußen den Eindruck erwecken, der Schulkrieg gehe in eine neue Runde. Lassen Sie den Konsens unbeschädigt.

Ich danke Ihnen!